

### Absurdes Zickzack

**Streiks und Inflation haben die Wirtschaft gelähmt, Titos Erben stehen vor der Pleite.**

Die Manager des Bankhauses Manufacturers' Hanover Trust Company in New York, gewählte Koordinatoren für 560 weitere Geldinstitute im Westen, riefen zur Krisensitzung: Einer ihrer besten Kunden, die Sozialistische Republik Jugoslawien, ist praktisch bankrott.

Jüngste Meldungen aus Belgrad lassen die Kreditgeber befürchten, daß der Balkanstaat seinen Zahlungsverpflichtungen im Herbst nicht mehr nachkommen kann. Wie schon die sozialistischen Polen und Rumänen vor ihnen, werden die Jugoslawen wohl keinen anderen

gerühmte Arbeiterselbstverwaltung die Betriebe in Wirklichkeit lähmte. Zudem räumte die 1974 geänderte föderative Verfassung den Teilrepubliken und Kommunen zu viele Rechte gegenüber dem Gesamtstaat ein; Sanierungsbemühungen der Belgrader Zentrale scheiterten am Wirtschaftsgeismus der Regionen.

Probleme wurden nicht gelöst, sondern nach fruchtlosen Debatten immer wieder vertagt; die rivalisierenden Republiken leisteten sich teure Fabriken, ohne Rücksicht auf Bedarf und Rentabilität. „Jedes Dorf will sein eigenes Stahlwerk“, klagte der inzwischen verstorbene Tito-Freund Edvard Kardelj über das chaotische System.

Als voriges Jahr Branko Mikulić das Amt des Premiers übernahm, versprach er energisches Krisenmanagement. Doch außer hektischem Aktionismus kam dabei nicht viel heraus: Mehr als 100 Gesetze zur Wirtschaftsreform hat Mikulić

Nicht viel anders, so ist zu erwarten, wird es dem Gesetz über die Schließung von unrentablen Betrieben ergehen – eine Neuerung, die für eine echte Wirtschaftsreform unerlässlich ist, aber gegen geheiligte Grundsätze des Kommunismus verstößt. Experten haben ausgerechnet, daß fast 7000 Verlustbetriebe betroffen wären; sie kosten den Staat jährlich etwa zwei Milliarden Mark. Doch wenn diese Fabriken alle dichtmachen müßten, verlöre jeder vierte Arbeiter in Jugoslawien seinen Job; die Zahl der jetzt 1,3 Millionen Arbeitslosen (20 Prozent) würde sich verdoppeln.

„Es wird Firmen geben, die verschwinden müssen“, sagt Regierungsmitglied Oskar Kovač, „ich hoffe nur, die Ausmaße werden nicht so sein, daß es zu ernsthaften sozialen Unruhen kommt.“

Angesichts der lange schwelenden Krise waren wohl nur die Banker des New Yorker Gläubiger-Konsortiums überrascht, als die Belgrader Nationalbank Anfang Juli um Zahlungsaufschub für fällige 240 Millionen Dollar bat.

Ob sie, wie versprochen, im Herbst nachzahlen kann, scheint seriösen Rechnern fraglich: Die Auslandsschulden Jugoslawiens betragen insgesamt rund 20 Milliarden Dollar (pro Kopf der Bevölkerung mehr als in Polen), in diesem Jahr wären noch 4 Milliarden fällig.

Auftreiben will die Belgrader Regierung diese stolze Devisensumme vor allem durch das sommerliche Tourismusgeschäft; doch mehr als 1,6 Milliarden Dollar werden die Adria-Besucher aus dem Westen selbst im günstigsten Fall nicht im Land lassen.

Um die Kreditgeber ruhig zu halten, verbreitet Belgrad eine Erfolgsmeldung nach der anderen: Der West-Export sei im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent gestiegen; mit dem Ölland Iran habe Jugoslawien einen neuen Handelspartner gefunden, der „gewaltige Perspektiven“ im Devisengeschäft eröffnen soll.

Aber nicht einmal das Belgrader Parlament teilt den Zweckoptimismus. Auf einer der letzten Sitzungen warf ein Abgeordneter aus dem vergleichsweise wohlhabenden Slowenien der Regierung vor, sie habe das Vertrauen der Arbeiter verloren. Die Slowenen sind schon lange aufgebracht, weil sie den Löwenanteil des Bundesfonds für unterentwickelte Gebiete aufbringen müssen – ein innerjugoslawischer Finanzausgleich, dessen Mittel meist sinnlos vergeudet werden.

Der Bosnier Mikulić reagierte gereizt: Der Kritiker, so der Premier, könne ja einen Mißtrauensantrag stellen, er sei zum Rücktritt bereit, wenn sich „fähigere Nachfolger“ fänden.

Auf den Schleudersitz drängt es einsteilen niemanden. Aber wenn im nächsten Frühjahr das unvermeidbare Schuldenmoratorium unterzeichnet sein wird, so ist aus Slowenien zu hören, wollen die Parlamentarier ihren glücklosen Premier aus dem Amt zwingen.



**Premier Mikulić: Vertrauen der Arbeiter verloren**

Weg finden, als ihre Gläubiger um ein Moratorium zu bitten – Zinszahlungen und Schuldentilgung wären damit auf unbestimmte Zeit gestoppt.

Das finanzielle Desaster des unruhigen Vielvölkerstaates war seit Jahren vorhersehbar und hat fast ausschließlich hausgemachte Gründe.

Auf Pump gelebt, und das sehr ungeniert, hat Jugoslawien schon zu Titos Zeiten. Lange Zeit verschleierte das Prestige des Partisanen-Marschalls, der sich mit seiner blockfreien Politik geschickt aus dem Ost-West-Konflikt herauszuhalten verstand, die nahezu unlösbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Nach Titos Tod 1980 aber war es mit dem geborgten Glanz schnell vorbei. Nun zeigte sich, daß die einst als Inbegriff einer kommunistischen Demokratie

eingebraucht, 23 weitere sollen bis zum Jahresende folgen.

Die Hilflosigkeit der Regierenden zeigte sich in oft absurden Zickzack-Bewegungen. So wurden auf Forderung des Internationalen Währungsfonds im vorigen Sommer die Konsumpreise freigegeben – und schleunigst wieder eingefroren, als die Preise dramatisch anstiegen. Trotzdem liegt die Inflationsrate inzwischen bei 106 Prozent – das ist europäischer Rekord.

Als die Regierung im Frühjahr auch die Löhne einfroren und künftige Erhöhungen vom jeweiligen Betriebsertrag abhängig machen wollte, kam es überall im Land zu spontanen Streiks. Geschätzter Verlust durch den Produktionsausfall: über zehn Millionen Mark. Wieder mußte Mikulić zurückstecken.